

RECHT aktuell

Kanzlei Dr. Mustermann & Kollegen

Gewerbliche Ausgabe

Kaiserstraße 45, 90450 Nürnberg
Tel: 0911/45 67 89 Fax: 0911/45 67 88
E-Mail: info@mustermann.de



Ausgabe
07/
2011

RECHT aktuell

Arbeitsrecht

Keine tarifliche Bevorzugung von Gewerkschaftsmitgliedern

Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts sind tariflich garantierte Abstandsgebote für Mitglieder der Gewerkschaft unwirksam. Demnach ist es rechtlich nicht zulässig, wenn in einem Tarifvertrag ein bestimmter Abstand von Sonderleistungen (z.B. für Lohn oder Urlaub) festgeschrieben wird, der als fester "Vorsprung" nur Gewerkschaftsmitgliedern zusteht. Ein Tarifvertrag darf dem Arbeitgeber nicht die arbeitsvertragliche Gestaltungsmöglichkeit nehmen, die übrigen Arbeitnehmer mit den Gewerkschaftsmitgliedern gleichzustellen.

Urteil des BAG vom
23.03.2011 - 4 AZR 366/09

Versäumen der Widerrufsfrist

Versäumt ein Verfahrensbeteiligter eine vom Gericht oder einer Behörde gesetzte Frist oder einen Termin, kann die Wirkung der Versäumnis auf Antrag durch die sog. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beseitigt werden. Voraussetzung ist jedoch, dass den Betroffenen bei der Versäumnis der Frist kein Verschulden trifft. Die Möglichkeit der Wiedereinsetzung ist bei Versäumen der Widerrufsfrist eines Prozessvergleichs gesetzlich nicht vorgesehen, da es sich bei der Widerrufsfrist nicht um eine prozessuale Frist handelt. Ein Antrag auf Wiedereinsetzung ist daher unzulässig.

Beschluss des LAG Köln vom
03.03.2011 - 10 Ta 431/10

Baurecht

Zweifelhafte Baugenehmigung

Hat sich ein Architekt vertraglich zur Erstellung einer Genehmigungsplanung verpflichtet, schuldet er dem Bauherrn grundsätzlich eine dauerhaft genehmigungsfähige Planung, es sei denn, der Bauherr übernimmt ausdrücklich das Risiko für die Genehmigungsfähigkeit. Sind dem Bauherrn gewichtige bauordnungsrechtliche Bedenken bekannt, aufgrund derer sich die Fehlerhaftigkeit der Genehmigungsplanung des Architekten aufdrängt, und macht er gleichwohl von der (zunächst) erteilten Baugenehmigung Gebrauch, muss er nach einem Urteil des BGH einen Teil des Schadens tragen, der dadurch eintritt, dass er nach Nachbarwiderrsprüchen und endgültiger Versagung der Baugenehmigung den Bau wieder einstellen und beseitigen muss.

Urteil des BGH vom
10.02.2011 - VII ZR 8/10

Gesellschaftsrecht

Sanieren oder Ausscheiden?

Ist in einem Gesellschaftsvertrag einer Publikumpersonengesellschaft (hier geschlossener Immobilienfonds) geregelt, dass eine Kapitalerhöhung auch im Krisenfall nur einstimmig beschlossen werden kann und gelingt es nicht, einen einstimmigen Beschluss herbeizuführen, hat dies zur Folge, dass die zustimmenden Gesellschafter zur Rettung der Gesellschaft berechtigt sind, ihre Einlagen zu erhöhen, während die nicht zustimmenden Gesellschafter eine Verringerung ihres Beteiligungsverhältnisses hinnehmen müssen. Ohne ausdrückliche Regelung im Gesellschaftsvertrag können Sanierungs- und zahlungsunwillige Mitgesellschafter nicht durch Mehrheitsbeschluss ganz aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Urteil des BGH vom
25.01.2011 - II ZR 122/09

Wettbewerbsrecht

Unzureichende Bevorratung eines Markenprodukts

Nach ständiger Rechtsprechung ist Werbung grundsätzlich als irreführend und damit wettbewerbswidrig anzusehen, wenn die beworbenen Waren entgegen der Erwartung des Kunden zu dem angekündigten Zeitpunkt nicht oder nicht in ausreichender Menge vorrätig sind. Wird für ein Markenprodukt (hier Irische Markenbutter) geworben, ist ein unter einer Handelsmarke ("Noname-Produkt") vertriebenes Produkt nicht gleichartig, auch wenn es objektiv gleichwertig sein mag.

Urteil des BGH vom
10.02.2011 - I ZR 183/09

Auch Minderjähriger schuldet Abmahngebühren

Auch ein Jugendlicher kann auf Unterlassung und Schadensersatz wegen einer von ihm begangenen Urheberrechtsverletzung in Anspruch genommen werden, da es sich bei einem schuldhaften Verhalten nicht um vertragliche, sondern um deliktische Ansprüche des Urhebers handelt. Danach ist der Jugendliche auch verpflichtet, die für eine berechtigte Abmahnung angefallenen Rechtsanwaltsgebühren zu tragen.

Beschluss des BGH vom
03.02.2011 - I ZA 17/10

Keine Werbung vor Eintragung in Handwerksrolle

Das Landgericht Arnberg untersagte es einem Dachdeckerbetrieb, für seine Leistungen unter Angabe der Telefonnummer durch entsprechende Aufdrucke auf zu Werbezwecken hergestellten Feuerzeugen zu werben, solange der Inhaber nicht - wie gesetzlich vorgeschrieben - in die zuständige Handwerksrolle eingetragen ist.

Urteil des LG Arnberg vom
24.03.2011 - 24 O 53/10

